

Medienmitteilung

Ein klares Ja für ein Schweizer Menschenrechtsinstitut

Bern, den 22. Juni 2007. Ja sagt eine deutliche Mehrheit des Nationalrates, die sich heute für eine Verlängerung der Initiative zur Gründung eines Schweizer Menschenrechtsinstituts ausgesprochen hat; sie war von Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi im Dezember 2001 deponiert worden.

Deutlich für ein Institut haben sich am Dienstag bereits zwei wichtige Exponenten in der Materie ausgesprochen: alt Bundesgerichtspräsident Giusep Nay sowie Botschafter Thomas Greminger, Chef der politischen Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA). Beide stellten sich hinter die Forderung nach einem Institut für Menschenrechte in der Schweiz.

«Der Aufbau eines solchen Instituts ist eine Frage der Kohärenz für die Schweiz, denn für eine effiziente Aussenpolitik, muss die Einhaltung der Menschenrechte auch im Innern gefördert werden», unterstrich Botschafter Thomas Greminger anlässlich einer Podiumsdiskussion, die im Rahmen der Generalversammlung des Fördervereins am vergangenen 19. Juni stattfand. Er wies darauf hin, dass seine Abteilung «an allen Fronten» bemüht sei, einem schweizerischen Institut für Menschenrechte zum Durchbruch zu verhelfen. Auch alt Bundesgerichtspräsident Giusep Nay unterstützte in einem grundlegenden Referat die Gründung eines solchen Instituts – nicht nur, weil die kontinuierliche Überwachung der Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz die fehlende Verfassungsgerichtsbarkeit im Bereich des Bundesrechts ein Stück weit kompensieren könnte; er unterstrich auch, dass ein solches Institut der «Heranbildung einer Kultur der Menschenrechte förderlich sein wird – und ohne eine solche Kultur der Achtung der Menschenrechte kann Demokratie nicht funktionieren».

Für den Förderverein ist der heutige Entscheid des Nationalrats nicht nur eine Bestätigung des bisherigen Einsatzes, sondern vor allem auch ein klares Signal gegenüber der Regierung. «Der Bundesrat ist nun erst recht gefordert, endlich konkret zu werden. Dass jetzt zusammen mit den Kantonen das Bedürfnis und das Profil eines schweizerischen Kompetenzzentrums abgeklärt und definiert wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt Vreni Müller-Hemmi, die den Förderverein zusammen mit Nationalrätin Martine Brunschwig Graf präsidiert. Der von weiteren Persönlichkeiten

aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik getragene Förderverein hat sich darum auch bereit erklärt, seine Fachkompetenz in der von der Bundespräsidentin eingesetzten Arbeitsgruppe einzubringen.

**Für weitere Informationen nehmen Sie bitte direkt mit den Co-Präsidentinnen Kontakt auf :
Vreni Müller-Hemmi (079 / 357 43 92) oder Martine Brunschwig Graf (079 / 507 88 00)**